



Wortprotokoll

über die 55. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 23. Januar 2019

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Pretzl

3. Bürgermeisterin

Strobl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung

Protokoll

Henn, Bock, Herbon, Strzelczyk, Frei, Bauert, Maier

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 23. Januar 2019

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister Pretzl

3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin Bär, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StRin Mayerl, StRin Dr. Menges, StR Offman, StRin Dr. Olhausen, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR J. Schmid, StR T. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StR Vogelsgesang, StRin Wiepcke, StR Zöllner;

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StR Mayer, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StRin Volk, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StR Niederbühl (RL), StR Dr. Roth, StR Utz, StR Weisenburger;

FDP - HUT Stadtratsfraktion:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StR Dr. Mattar, StRin Neff, StR Ranft, StR Zeilnhöfer (HUT);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StRin Caim, StR Progl, StR Schmidbauer;

FREIE WÄHLER:

StRin Sabathil;

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StR Ruff;

Liberal-Konservative Reformer (LKR):

StR Schmude, StR Wächter;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Bönig
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
i. V.	Frau Dichtl (Referat für Arbeit und Wirtschaft)
i. V.	stellv. Referent Biebl
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtschulrätin	Zurek

Räumungen von Wohnstätten obdachloser Menschen während der Kältewelle stoppen Dringlichkeitsantrag Nr. 4878 von Die Grünen - rosa liste vom 21.01.2019

Aktensammlung Seite 1797

StR Krause:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat diese Debatte in Bezug auf das Thema Selbstbestimmung geführt. Was wiegt im Zweifel stärker: das Recht auf Selbstbestimmung der betroffenen Personen oder die Pflicht der Stadt einzuschreiten? Insbesondere, wenn die Sorge besteht, dass sich Menschen damit selbst schaden und im schlimmsten Fall erfrieren. Diese Debatte kann man durchaus führen. Ich glaube, wir sind inhaltlich nicht weit voneinander entfernt. Aber diese Debatte bzw. diese Argumentation geht aus unserer Sicht an der Sache und der aktuellen Realität vorbei.

Viele Betroffene wollen nicht aus prinzipiellen Gründen nicht in den Kälteschutz gehen. Sie benennen konkrete Gründe, warum sie das nicht tun. Bei der Räumung an der Reichenbachbrücke gab es eine Stellungnahme der Betroffenen. Sie fordern, dass sie sich ganztägig in den Räumlichkeiten aufhalten und ihr Privateigentum sicher aufbewahren können. Sie möchten eine Privatsphäre und eine Kochmöglichkeit haben, und sie wollen ihre Zimmernachbarn selber auswählen.

Diese Punkte sind umsetzbar und entsprechen dem Mindestmaß an menschlichen Bedürfnissen. Menschen schlafen bei den aktuellen Temperaturen lieber auf der Straße, als in den Kälteschutz der Stadt zu gehen. Das sollte für uns ein klarer Indikator sein, dass etwas mit dem Kälteschutz nicht stimmt. Zu argumentieren, mit der Räumung wolle man diese Menschen vor sich selber schützen, finde ich vollkommen absurd. Man sollte die Bedingungen im Kälteschutz verbessern, damit die betroffenen Leute den Schutz der Stadt auch als Schutz sehen und gerne hingehen. Es geht um Minimalforderungen und ist aus einer menschlichen Perspektive angebracht. Abgesehen davon ist es Aufgabe der Stadt, für solche Voraussetzungen zu sorgen.

Vor zwei Jahren hat einer der Betroffenen gegen die Stadt geklagt. Damals hat das Gericht ausgeführt, durch Obdachlosigkeit bestehe eine Gefahr für Leib und Leben, und die Stadt sei als Untere Sicherheitsbehörde verpflichtet, diese abzuwehren. Wohlgemerkt, nicht durch eine Räumung und nicht durch einen über Nacht geöffneten Kälteschutz wie jetzt, sondern durch die Unterbringung in einer städtischen Unterkunft, wo ein ganztägiger Aufenthalt möglich ist.

Das Sozialreferat hat daraufhin geäußert, es nehme dieses Urteil nicht zum Anlass, das aktuelle Prozedere zu ändern. Grundsätzlich könne jede und jeder dagegen klagen und sich dieses Recht erstreiten. Diese Aussage finde ich bemerkenswert. Leute, die auf der Straße leben, haben aufgrund ihrer Lebensumstände kaum eine Möglichkeit, diesen Rechtsweg zu beschreiten. Ihnen gibt man so etwas mit.

Die Debatte der SPD zum Thema Selbstbestimmung geht an der Realität vorbei. In der Nacht vor der Räumung gestern Morgen sind viele Betroffene, die dort gelebt haben, verschwunden. Sie haben angekündigt, sie gehen nicht in den Kälteschutz, sondern suchen sich einen neuen Ort zum Schlafen - nicht mehr unter den Augen der Stadt und der Sicherheitsbehörden. Die Leute müssen ausgerechnet jetzt in der Kälte mit ihren Habseligkeiten durch München fahren und sich einen neuen Ort suchen, wo sie sich niederlassen können. Sie sagen, Sie führen diese Räumungen durch, um den Leuten zu helfen. Für einige Menschen, die nicht in den Kälteschutz gehen wollen, wird die Situation dadurch jedoch maßgeblich verschlechtert.

Zum wiederholten Mal werden von der Verwaltung zu einer politischen Frage Tatsachen geschaffen. Das finden wir befremdlich. Es gibt keinen Beschluss des Stadtrates, Wohnstätten von obdachlosen Menschen künftig grundsätzlich zu räumen. Trotzdem verfolgt der Arbeitskreis „Wildes Kampieren“ das klare Ziel, alle Wohnstätten obdachloser Menschen in der Stadt zu beseitigen. Zumindest haben wir das der Presse entnommen. Wir würden gerne von der Sozialreferentin wissen: Auf welcher Grundlage passiert das? Wird es für diese grundsätzliche Linie eine Stadtratsbefassung geben?

Unser Dringlichkeitsantrag besagt deshalb, diese Räumungen bis zu so einem solchen Beschluss einzustellen. Der Presse haben wir entnommen, dass zeitnah weitere Räumungen anstehen. Wir finden es grundsätzlich richtig, den Kälteschutz auszubauen. Im Herbst letzten Jahres haben Sie sich der Forderung angeschlossen, den Kälteschutz auf das ganze Jahr auszuweiten. Die anderen Forderungen der Betroffenen sind davon nicht weit entfernt. Vielleicht können Sie sich auch dazu durchringen. Sicherlich gibt es Einzelfälle, bei denen es richtig ist, einzugreifen und zu räumen, weil eine Gefahr für Leib und Leben besteht. Aber wir sind dagegen, alle solche Wohnstätten ohne eine individuelle Prüfung grundsätzlich zu räumen. Das ist uns wichtig.

Zur Form der Debatte der letzten Tage: Ein Kollege der SPD hat uns unterstellt, wir würden sehenden Auges zuschauen, wie in München Menschen auf der Straße erfrieren. Wir könnten Ihnen das genauso unterstellen, weil diese Räumungen in der Realität nicht zu einer Verbesserung führen.

Aber wir machen es nicht. Ich finde das niveaulos, und ich möchte es Ihnen auch nicht unterstellen. Auch wenn wir unterschiedliche Sichtweisen haben, wie man den Leuten helfen kann, sind wir uns - vielleicht bis auf eine Ausnahme - alle in dem Haus darin einig, dass wir nicht wollen, dass Menschen in München auf der Straße erfrieren. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

StR Müller:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir heute eine sachliche Debatte führen, die der gesamten Lage angemessen ist. Ich bedauere es, dass wir sie erst heute führen. Wir haben das Thema letzte Woche in der AG Wohnungslosigkeit angesprochen. Ihre Partei war vertreten, die entsprechenden Fachleute waren dabei, und auch die Verwaltung hat zu der Räumung an der Wittelsbacherbrücke Stellung genommen. Sie ist von der Öffentlichkeit entsprechend wahrgenommen worden. Ich möchte an Ihren letzten Satz anknüpfen: Wir wollen nicht, dass in München jemand erfriert, und wir müssen alles unternehmen, damit in München niemand erfriert.

Viele Menschen leben nicht deswegen auf der Straße, weil sie dies frei gewählt haben, sondern weil sie von psychischen Krankheiten betroffen sind. Diese Problematiken haben einen Großteil der Betroffenen schon in früheren Jahren heimgesucht, bevor sie von Wohnungslosigkeit betroffen waren. Sie sind mit verschiedenen, zum Teil schwerwiegenden Symptomen psychischer Erkrankungen unterwegs. Dazu zählt zum Beispiel Platzangst. Das führt dazu, dass viele Betroffene es ablehnen, in geschlossene Räume zu gehen, weil das für sie mit hohen Ängsten verbunden ist.

Wir haben in München in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein System der Betreuung von wohnungslosen Menschen geschaffen, das zunächst mit hohem Engagement Räumungen verhindert. Darin sind wir uns zum Glück einig. Bei fast 800 000 Wohnungen in München finden derzeit jährlich nur noch etwa 400 Räumungen statt. Sowohl den Freien Trägern als auch der Stadtverwaltung gelingt es, viele Räumungen frühzeitig abzuwenden. Es gelingt, mit den Betroffenen sowie den Wohnungs- und Hauseigentümern ins Gespräch zu kommen und dafür zu sorgen, dass Menschen, die eine Wohnung haben, möglichst nicht wohnungslos werden.

Wir haben aber in München einen großen Zuzug, und genau hier liegt ein Teil des Problems. Die Struktur der von Wohnungslosigkeit Betroffenen hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erheblich verändert. Wir können leider nicht allen Menschen in gleicher Weise

Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Das Ausländermelderecht in seiner jetzigen Fassung führt dazu, dass Betroffene, insbesondere aus den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien, eingeschränkte Rechte haben, vor allem beim Bezug von Sozialleistungen. Das haben wir im Stadtrat, in der AG Wohnungslosigkeit und in anderen Gremien oft intensiv diskutiert. Es führt dazu, dass Menschen unterschiedliche Ansprüche haben.

Nichtsdestotrotz haben wir uns in München darauf verständigt, dass alle Menschen, die ihren gewöhnlichen Wohnsitz in München haben, in irgendeiner Form einen Unterbringungsanspruch haben. Das hat viele Verästelungen, z. B. aus welchen Teilen der Bundesrepublik sie kommen und ob hier die Herkunftsstädte zuständig sind. Aber das spielt keine Rolle. Ein großer Teil hat einen Unterbringungsanspruch gegenüber der Kommune, weil sie Münchnerinnen und Münchner sind. Die Herkunft und der Pass spielen dabei überhaupt keine Rolle, wenn sie Münchnerinnen und Münchner sind. Ich bin froh, dass wir diesen Zungenschlag komplett vermieden haben.

Wir müssen ehrlich sein: Wohnen in einer Unterbringung hat nichts damit zu tun, wie wir uns Wohnen im Allgemeinen vorstellen. Ein Teil der Lebensqualität ist erheblich eingeschränkt. Wir sind nicht zynisch, sondern haben Empathie mit den Betroffenen. Wir versuchen, für ungefähr 10 000 Menschen in München eine vernünftige Bleibe bzw. Unterkunft zu finden. Durch Anschreiben von Bürgerinnen und Bürgern oder durch eigenes Erleben bekommen wir mit, wie schwierig es ist. Angesichts der hohen Vormerkzahlen im Amt für Wohnen und Migration müssen wir mit Nachdruck dafür sorgen, dass günstiger, bezahlbarer Wohnraum in München neu geschaffen wird.

Derzeit haben wir für diese 10 000 Menschen, vor allem für Kinder und Jugendliche in Unterkünten, viel zu spät Angebote, um diese Familien in vernünftige Wohnformen bringen zu können. Es bereitet uns Sorgen, wie wir dem Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Unterkünten gerecht werden können. Intern mit der Verwaltung und an allen möglichen Orten führen wir Diskussionen, um Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich aus der Wohnungslosigkeit herauszuführen. Dabei geht es nicht darum, welchen Pass sie haben. - (Beifall der SPD)

Quartiere für Menschen aus München haben einen gewissen Standard, sind aber nicht schön. Unterbringen heißt auf engem Raum leben. Die Privatsphäre ist und bleibt eingeschränkt. Deswegen ist das Ziel, für alle Menschen möglichst schnell eine Wohnung zu finden.

Außerdem gibt es Menschen mit einem eingeschränkten Unterbringungsanspruch. Für sie haben wir den Kälteschutz geschaffen, den wir als Übernachtungsangebot für die Sommermonate

ausbauen. Beim Kälteschutz stellen sich Fragen: Was kann man ausprobieren? Wie reagieren die Menschen darauf? Wie funktioniert die Unterbringung? Das engagierte Team der Inneren Mission sorgt mit viel Herzblut dafür, dass die Menschen nachts eine vernünftige Unterbringungsmöglichkeit haben. Wir schauen uns das jedes Jahr an, und ich möchte mich bei dem Team ganz herzlich bedanken.

Es sind Unterbringungsmöglichkeiten mit Mehrbettzimmern. In dem bereits beschlossenen Kälteschutz in der Lotte-Branz-Straße gibt es Zimmer mit vier Betten, jetzt sind es mehr. Wie in der sonstigen Unterbringung auch erfolgt eine Zuweisung auf ein Bett. Das ist der Grundsatz, weil jeder Unterbringungsanspruch im Sozialreferat geprüft werden muss und dann individuell zugewiesen wird. Hier ist es leider nicht möglich, jedem individuellen Anspruch gerecht zu werden.

Herr Krause, ich lade Sie ein, diskutieren Sie mit uns in der nächsten AG Wohnungslosigkeit intensiv und dezidiert die derzeitigen Probleme. Z. B. leben nicht wenige Menschen in München inzwischen in sogenannten privaten Notquartieren. D. h., man schläft bei einem Freund oder einer Freundin auf dem Sofa, und Familien kriechen mit fünf bis zehn Personen in Wohnungen, in denen wir mit zwei oder drei Leuten nicht leben möchten. Die Verwandtschaft kommt vorbei, Freunde kommen unter, ein Arbeitskollege, der gerade keine Wohnung hat, wird aufgenommen und vieles mehr. All diese Situationen sind Verwaltung und Politik sehr wohl bekannt.

Wir müssen darüber diskutieren: Wie können wir einer bestimmten Zielgruppe eine Fortentwicklung weg von ihrer Wohnungslosigkeit ermöglichen? Im Kälteschutz wird nachts übernachtet, und tagsüber werden die Zimmer gereinigt. Da können die Menschen kostenfrei an andere Orte fahren, wo ihnen Essen, Ansprache, Fernsehen und vor allem Beratung angeboten wird.

Wir halten es für notwendig, dass sich die Menschen nicht in einer Gruppe in ihren Zimmern verkriechen. Dort würden sie sich nicht über Tagesthemen austauschen, sondern den Genuss von Alkoholika pflegen. Das hat wiederum entsprechende Probleme im Bereich Gewalttaten und Ähnliches zur Folge. Deswegen haben wir uns für dieses differenzierte System entschieden. Hier ist nichts in Stein gemeißelt, aber wir müssen auch den Problematiken dieser Menschen gerecht werden. Vor allem Menschen mit psychischen Krankheiten haben oft eine hohe Angst davor, überhaupt angesprochen zu werden.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Anlass dieser Vorlage: Es wird nicht geräumt, indem ein Bagger durchfährt. Diese Räumungen werden lange vorbereitet und vorbesprochen, Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter des Sozialreferats und der Ordnungsbehörden sind anwesend. Es wird kein Hab und Gut weggeschmissen, sondern es kann nachts im Kälteschutz verwahrt werden. Tagsüber gibt es unterschiedliche sichere Verwahrmöglichkeiten, daran scheitert es unter Garantie nicht. Auch über städtische Verwahrmöglichkeiten können wir diskutieren. Einige nutzen tagsüber die Schließfächer im Bahnhof für ihr Hab und Gut.

Wenn geräumt wird, wird jedem individuell ein Angebot unterbreitet. Bei all den letzten Räumungen ging es nicht darum, dass alle Menschen in den Kälteschutz hätten gehen müssen. Ein nennenswerter Teil der Betroffenen hätte in das normale Unterbringungssystem der Stadt aufgenommen werden können. Menschen mit einer entsprechenden psychischen oder psychiatrischen Diagnose bzw. einer erheblichen psychischen Einschränkung haben z. B. Anspruch auf Unterbringung in einem Einzelzimmer. Das können Spezialistinnen und Spezialisten der Wohnungslosenhilfe, wie der Katholische Männerfürsorgeverein, aber auch jede psychiatrische Praxis, bestätigen. Einige Menschen insbesondere der letzten Räumung hätten diesen Anspruch gehabt.

Warum wollen wir nach wie vor keine Verfestigung von größeren Lagern in der Stadt? Das hat drei Gründe.

Erstens: Je mehr es sich verfestigt, desto höher wird der Grad der Selbstgefährdung. In manchen Nächten gibt es in besagten Unterführungen Temperaturen von teilweise unter minus 10 Grad, weil sich hier besonders viel kalte Luft ansammelt. Das ist in München regional ganz unterschiedlich. Das führt dazu, dass die Selbstgefährdung der Menschen entsprechend höher wird. Wir können nicht zulassen, dass die Menschen in dieser Situation leben.

Wenn sie andere nicht gefährden, können wir sie nicht zwangsweise irgendwo unterbringen. Es ist ihre eigene Verantwortung und ihr eigenes Handeln, ob sie an andere Orte gehen und die Angebote der Stadt annehmen. Vielen Betroffenen könnte ein Einzelzimmer im Unterbringungssystem der Stadt angeboten werden. Das ist wahrlich nicht schlecht. Es ist nicht groß, aber es sind eigene vier Wände.

Es gibt keine Kumpels, mit denen man Alkohol trinken kann. Alkohol führt zu einer erheblich verminderten Wahrnehmung der Kälte. Auch wenn man schon am Erfrieren ist, wähnt man sich noch warm. Da müssen wir als Stadt einschreiten. Wir können es nicht zulassen, in der Zeitung zu lesen, dass jemand erfroren ist. - (Beifall der SPD)

Zweitens: Bei diesen Ansammlungen oder Gruppen sehen wir das Problem der Fremd- und Selbstgefährdung durch Feuer. Das ist an der Brudermühlbrücke deutlich geworden. Hier werden Decken, Plastikplanen oder ähnliche Dinge für ein gemütliches Lager gesammelt, und dann wird Feuer gemacht, weil man sich wärmen will. Das Wärmen passiert im Wesentlichen mit Gaskartuschen, und ich möchte nicht erleben, dass es unter den Planen oder in den rudimentären Zelten so heiß wird, dass Gaskartuschen explodieren. Davon geht auch eine Fremdgefährdung aus. Die Temperaturen bei den beiden Bränden waren so hoch, dass eine Gaskartusche neben Menschen hätte explodieren können. Das heißt, die Menschen hier sind in erheblicher Lebensgefahr.

Drittens: Wir können auch nicht die hygienischen Zustände zulassen. In vielen Bereichen Münchens ist die gemeine Bettwanze auf dem Vormarsch - nicht in kalten Unterführungen, denn sie hat es gerne warm. Aber im Sommer hat eine ganze Reihe von kleinen Tieren, die wir alle nicht haben wollen, hier tatsächlich ein gutes Überleben. In der AG Wohnungslosigkeit gab es plastische Schilderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialreferats, dass hier in erheblichem Maße hygienische Zustände herrschen, die wir nicht zulassen können.

Wenn eimerweise Exkrememente herausgetragen werden, hat das mit Hygiene nichts mehr zu tun. Die Stadt muss dafür sorgen, dass zumindest in einem gewissen Rahmen hygienische Zustände herrschen. Ich kann es nachvollziehen, wenn Anwohnerinnen und Anwohner nicht bereit sind, das zu tolerieren, vor allem, wenn in der Begleitung dieser Zustände auch Ratten oder ähnliche Tiere auftreten.

Ich fasse die drei Punkte zusammen: Es ist die Sorge um Menschen, die sich in der vermeintlichen Ausübung ihres freien Willens gemeinschaftlich Unterkünfte, Heimstätten oder Lagerplätze schaffen, die aber nach unserem Ermessen nicht in Ordnung sind. Wenn jemand sagt, ich mache lieber Platte, werden wir ihn nicht daran hindern können. Aber bei Temperaturen von weit unter minus 10 Grad kann ich es nicht guten Gewissens ertragen, dass auch nur irgendjemand in einem Hauseingang schläft.

Diese Menschen, die sich leider häufig in alkoholisiertem Zustand hinlegen, sind gefährdet, den nächsten Morgen nicht mehr zu erleben. Deswegen, und das ist die Zusammenfassung all dessen, was ich gesagt habe, können wir sicherlich bei der Unterbringung nicht jeden Wunsch erfüllen. Aber wir stehen nach wie vor dafür, dass wir Menschen unterbringen, ihnen durch Beratung und Ähnliches Wege in die Zukunft anbieten und sie medizinische Versorgung in dem für sie

notwendigen Rahmen erhalten - ggf. auch Krankenhausaufenthalte auf Kosten der Landeshauptstadt München, sodass wir insgesamt Menschen menschenwürdig behandeln.

Wir müssen uns darum kümmern, dass es in München wesentlich mehr Wohnungen und vor allem mehr kostengünstigen Wohnraum gibt. Das ist das Ziel unserer Politik. So werden wir weiter vorgehen. Ich glaube, die heutige Diskussion ist so, wie sie begonnen hat, ein guter Ansatz, um in Details darüber zu diskutieren, wobei wir das eine oder andere durchaus verändern können. Wir werden aber, und dazu stehen wir, immer wieder Dinge verhindern müssen, die aus unserer Sicht aus humanitären Gründen nicht akzeptabel sind.

Vielen Dank. - (Beifall)

StR Offman:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Ausführungen meines Vordrängers ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Wir haben in München derzeit etwa 9 000 Menschen, die latent wohnungslos sind und im Sofortunterbringungssystem leben. Wir haben aber auch schon seit Jahren etwa 500 bis 600 Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und weder im Sofortunterbringungssystem sind noch in die Räumlichkeiten des Kälteschutzes gehen wollen. Das ist eine sehr schwierige Situation. Die Seehof-Studie weist nach, dass diese Menschen überwiegend psychisch schwer erkrankt sind. Dies ist eine der Ursachen, warum wir sie nicht überzeugen können, beispielsweise in die Räumlichkeiten des Kälteschutzes zu gehen. Deshalb sind vom Sozialreferat und von den Verbänden ständig Streetworker dort, beispielsweise unter den Brücken, um mit diesen Menschen zu reden und sie zu überreden, in dieses System des Kälteschutzes zu gehen.

Ich glaube, es gibt keine Stadt in Deutschland, die so viel investiert hat und einen so komfortablen Kälteschutz hat. In Berlin gibt es beispielsweise für den Kälteschutz große Hallen. In einer solchen Halle schlafen 100 Menschen auf dem Boden. Das ist der Kälteschutz in anderen Städten. Wir haben Mehrbettzimmer. Menschen, die dort hingehen, bekommen jeden Tag frische Wäsche. Was wir dort nicht akzeptieren können, ist Alkohol. Was auch schwierig ist und beispielsweise moniert wurde, ist, dass sich Pärchen in Zimmern aufhalten. Es gab Situationen, die sehr schwierig waren. Es ist nicht möglich, Übergriffe zuzulassen.

Aus den Schlagzeilen der Medien und zwischen den Zeilen des Antrags der Grünen ist in irgendeiner Form der Vorwurf an die Stadt und an das Sozialreferat erkennbar, es mangle an Empathie

gegenüber den Ärmsten der Armen. Das steht heute in der Zeitung und ist einfach nicht richtig. Es ist auch nicht fair. Es ist insbesondere den Menschen gegenüber nicht fair, um die es geht. Wir wissen, dass ihr Verhalten und ihre Weigerung, beispielsweise in die Räumlichkeiten des Kälteschutzes zu gehen, etwas mit ihrer Erkrankung zu tun hat. Wenn wir sie in dieser lebensgefährlichen Haltung noch durch solche Anträge und in der Folge auch durch eine solche Berichterstattung unterstützen, indem wir sagen, ihr dürft nicht räumen, ihr müsst ihnen die Möglichkeit einräumen, sich unter Brücken mit Betten, Schränken usw. einzurichten, dann wird das unterstützt. Das finde ich nicht gut.

Wir alle haben das gemeinsame Ziel, diesen Menschen zu helfen. Wir wollen ihnen auch helfen. Wir wollen vor allem, dass niemand des Kältetodes stirbt. Diese Gefahr besteht aktuell. Wie ausgeführt wurde, nimmt jemand, der Alkohol getrunken hat, nicht mehr wahr, in welcher gefährlichen Situation er sich begibt. Ich habe mir die schlimme Situation nach der Räumung angeschaut. Es war eine Feuersbrunst. Alles war schwarz. Es ist ein Wunder, dass keinem etwas passiert ist.

Wir sollten uns einig sein. Wir wollen diesen Menschen helfen und tun alles dafür. Die einzige Hilfe ist, dass sie in der Nacht nicht mehr bei minus 5 °C oder minus 10 °C unter Brücken nächtigen, sondern zu uns in den Kälteschutz kommen. Das ist die einzige Hilfe. Wir übernehmen die Fahrtkosten. Wir haben Streetworker vor Ort, die mit den Menschen sprechen, um ihnen wirklich zu helfen. Viele müssen im Grunde behandelt werden. Deshalb kann ich diesen Antrag nicht verstehen. Er ist kontraproduktiv. Damit erreicht Ihr genau das Gegenteil dessen, was Ihr erreichen wollt.

Unser aller Ziel kann nur sein, dass nie passiert, was wir durch den Kälteschutz vermeiden wollen. Da sollten wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Wenn irgendwo zwischen den Zeilen durchscheint, wir würden diesen Menschen mit unzureichender Empathie begegnen, führt uns das nicht weiter, sondern schadet in der Situation nur. Ich appelliere an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam den Weg finden.

Natürlich kann man über die eine oder andere Verbesserung beim Kälteschutz sprechen, der übrigens auch ein Sommerschutz sein wird. Man muss natürlich mit den Menschen reden. Ich war schon mehrfach dort und habe mit ihnen gesprochen. Natürlich haben sie die eine oder andere Kritik geäußert, aber die Kritiken kommen aus ihren schwierigen Lebensumständen. Wenn man das hört und sieht, geht man schon etwas deprimiert von dannen. Es sind wirklich sehr arme Menschen. Aber wir können das Schicksal dieser Menschen nicht verbessern, indem wir ihr

selbstgefährdendes Verhalten in irgendeiner Form - ich möchte nicht sagen unterstützen, aber eine Richtung einschlagen, die sie in ihrem Verhalten bestärkt. Das wäre ein Riesenfehler.

Danke. - (Beifall der CSU)

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Herr Müller hat die Problematik sehr ausführlich dargelegt. Ich möchte nur die genannten Zahlen zurechtrücken. Die Zahl von 9 000 Wohnungslosen soll nicht so im Raum stehen, als würden diese Menschen auf der Straße leben. Nach den Zahlen, die wir im Herbst bekommen haben und die in der Vorlage stehen, wobei jeder Einzelne einer zu viel ist, reden wir beim Thema „Wildes Campieren und Räumungen“ von rund 500 Personen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. So viel, um die realen Zahlen zur Kenntnis zu geben.

Beim Antrag der Grünen geht es darum, zu dulden und Räumungen auszusetzen, bis die neue Vorlage kommt. So habe ich ihren Antrag verstanden. In der Vorlage steht aber: im Laufe des Jahres. Die Vorlage kann im März, Juni, aber auch erst im Dezember kommen. Wir wissen es nicht. Bis dahin wollen Sie das aussetzen. D. h., wir haben die Problematik „Wildes Campieren“ auch im Sommer überall dort, wo solche Lager aufgebaut sind. Ich weiß nicht, ob mittlerweile geräumt wurde. Am besten sieht man es, wenn man auf der Überführung Landshuter Allee in Richtung Georg-Brauchle-Ring fährt. Blickt man nach links ins Gebüsch, sieht man klar, was für ein Lager aufgebaut wurde und was das an Abfall bedeutet. Man sieht es plastisch, wenn man dort vorbeifährt.

Davon abgesehen werden wir nicht jeden, dessen Bett weggeräumt wird, bewegen können, in das Kälteschutzprogramm zu gehen. Er wird untertauchen. Aber wir, die Stadt München, sollten uns nicht dem Vorwurf aussetzen, wir hätten nicht alles versucht, um zu vermeiden, dass eine Person zu Schaden kommt. Wir haben uns dann mit dem Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung auseinandersetzen. Ob wir das vermeiden können, wenn wir sagen, wir dulden das, bis die neue Vorlage von der Verwaltung vorliegt? In den nächsten Tagen werden wir Temperaturen haben, die während des Tages nicht in den Plusbereich gelangen, sondern massiv im Minus sein werden. Ich frage Sie, ob wir uns das offiziell anlasten und zuzusehen wollen, wenn wirklich jemand zu Schaden kommt. Ich sage ganz klar, den Begriff „unterlassene Hilfeleistung“ will ich mir nicht anlasten. Deshalb geht der Antrag der Grünen überhaupt nicht. - (Vereinzelt Beifall)

StR Oraner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schließen uns den Ausführungen des Kollegen Krause an. Ich habe mir die Reden der anderen Vorredner angehört. Ziehen wir ein Resümee des bisher Gesagten, müssen wir zugeben, wir können nicht mit Sicherheit zum Ausdruck bringen, warum die Menschen bei diesen Minusgraden unter den Brücken campieren oder übernachten. Wir wissen es nicht.

Herr Kollege Müller hat sehr ausführlich berichtet. Aber auch er kann nur Vermutungen anstellen oder Informationen von Streetworkern weitergeben oder solche, die aus dem Kälteschutzprogramm kommen. Ich habe mich auch mit einigen Menschen, vor allem mit solchen, die bulgarisch sprechen, unterhalten. Sie sprechen größtenteils bulgarisch und kommen als Arbeitsmigranten nach München.

Die Ausführungen von Herrn Kollegen Krause stimmen mit ihren Angaben überein, warum die Menschen nicht in das Kälteschutzprogramm wollen. Es geht darum, dass sie dort mit ihnen unbekannt Menschen zusammenkommen und es zu Konfrontationen kommt. Meistens sind es Menschen, die zwar türkisch sprechen, aber Roma sind. Da kommt es in den Räumlichkeiten des Kälteschutzprogramms zu Konflikten. Oder es geht um Habseligkeiten, Geld und Ähnliches, das verschwindet. Das wollen diese Menschen nicht.

Es wurden die psychisch Kranken genannt. Das ist ein ernsthaftes Problem. Sie gehen hin, räumen die Brücke. Wohin sollen die Menschen gehen? Da fehlt doch etwas, wenn wir sagen, es sind psychisch Kranke. - (StR Altmann: Es wurden Angebote gemacht!) - Darüber haben wir schon im Sozialausschuss geredet. Aber was machen wir dann mit diesen Menschen? Die Betreuung reicht anscheinend nicht aus. Dann müssen wir eben sagen, bei unserem Kälteschutz- bzw. Sommer-schutzprogramm fehlt etwas. Wir müssen nachjustieren und Verbesserungen vornehmen.

Ich meine, der Antrag der Grünen ist vollkommen berechtigt. Es muss eine Gesamtstrategie ausgearbeitet werden. Wir können nicht dauernd Brücken räumen. Es werden massive Polizeiaktionen durchgeführt. - (Zurufe: Ja!) - Das sind nicht irgendwelche Streetworker, die dorthin gehen und sagen, ihr müsst die Brücke räumen. - (Zurufe) - Trotzdem gehen die Menschen unter die nächste Brücke. Es muss eine Nachbesserung stattfinden. Wir werden den Antrag von Die Grünen - rosa liste unterstützen. In der Vorlage steht:

„Das Sozialreferat plant zudem, im laufenden Jahr 2019 eine Studie zur Obdachlosigkeit durchzuführen.“

Dazu wünschen wir uns detaillierte Berichte und die Darstellung von Gründen, warum unter den Brücken campiert wird. Danke.

StR Zeilhofer:

Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der Grünen nicht folgen. Ich möchte zuallererst auf die Situation in der Kapuzinerstraße eingehen. Ich kenne den Platz. Bei dieser Kälte kann man keinen Menschen an einem solchen Ort schlafen lassen. Das ist selbstgefährdend. Ich finde, da muss die Stadt agieren, Selbstbestimmung hin oder her. Wenn er dann wieder hinausgeht, ist es wirklich selbstbestimmt. Ich kenne den Platz. Dort ist es immer 4 °C kälter als außen herum. Es fließt nebenan der Bach, und die Luft ist extrem feucht. Es ist wirklich ein schrecklicher Platz, um dort zu nächtigen.

Sicher stellt sich die Frage, und darüber müssen wir reden, warum es Leute gibt, die an solchen Orten schlafen. Ich denke, München ist mit dem ganzjährigen Kälteschutzprogramm auf einem guten Weg. Ich komme aus dem Fach und gehe heute Abend wieder zu einer Notschlafstelle. Ich habe Bewerbungen von Opiatabhängigen, die dort einen Schlafplatz suchen, und bin tagtäglich vor Ort. Aber ich denke, es ist nicht hinnehmbar, dass man Leute in solchen Situationen belässt. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Noch zu dem Kälteschutzprogramm: Das ist ein Bereich, in dem man das eine oder andere nachjustieren kann. Wichtig finde ich das Argument Privateigentum. Es wurde schon angesprochen. Die Leute, die auf der Straße leben, sollten die Möglichkeit haben, ihr wertvollstes, meist sehr begrenztes Eigentum bei der Stadt kostenlos verwahren zu können. Bei der Notschlafstelle gibt es sicher absperrbare Spinde. Ich weiß nicht, wie das Thema bei der Bayernkaserne konkret gelöst ist. Wir sperren Wertsachen in einen Tresor, wenn sie einem wichtig sind.

Das nächste Argument ist, die Räumlichkeiten des Kälteschutzes den ganzen Tag offenzulassen. Ich persönlich bin dagegen, weil man dadurch Situationen verfestigt, die man in Bewegung setzen muss. Man kann sicherlich darüber reden, ob die Menschen um 7 Uhr oder um 9 Uhr raus müssen. In meiner Anlaufstelle müssen sie erst um 13 Uhr für eine Stunde hinausgehen. Um 14 Uhr ist dann Nachversorgung. Es ist aber wichtig, dass man solche Leute in Bewegung hält, wenn es auch nur eine Stunde ist. In dem System, in dem sie sich befinden, wofür es mannigfache Gründe,

Hintergründe und Ursachen gibt, sollte man sie wenigstens in Bewegung bringen, um sie „packen“ zu können. Unter „packen“ verstehe ich schauen, wie man diesen Menschen helfen kann und was für sie sinnvoll ist. Dafür braucht es Anlaufstellen.

Wenn man nur sagt, wir räumen nicht, wir belassen es so, ist das ein Verschließen der Augen vor der Problematik. Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, um an diese Menschen heranzukommen, die sich vielen Hilfsangeboten verwehren. Das ist ihr gutes Recht. München ist herausragend und meines Wissens die einzige Stadt Deutschlands, die in der Lage ist, ein solches Angebot zu machen. Ich finde, da kann man noch mehr reingehen. Es wird nämlich ein Problem sein, das uns noch über Jahre weiter verfolgt, weil wir zu wenige Wohnungen haben. Deshalb wird das Problem Wohnungslosigkeit, auf der Straßen leben zu müssen, in der Stadt noch lange ein Thema bleiben. An diesem Thema müssen wir dran bleiben. Wir sind auf einem guten Weg.

Ich denke, es wird auch im Sozialausschuss noch die eine oder andere gute Diskussion folgen. Ich bin froh, dass es eine sachliche Diskussion ist. Es ist eine Sache zu sagen, was selbstbestimmt und was fremdbestimmt ist. Wo hat die Stadt die Möglichkeit oder auch die Pflicht, einzuschreiten, und wo kann man eine solche Situation belassen oder sie nur begleiten? Das wird ein Thema der Diskussionen sein. Im konkreten Fall lehne ich angesichts der Temperaturen ab, Räumungen zu verhindern. Ich halte es für unverantwortlich, wenn man Leute in dieser Situation belässt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. - (Beifall)

StRin Sabathil:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich sagen, es ist eines der wichtigen Themen, die wir in diesem Stadtrat zu besprechen haben. Ich bin froh, dass wir das Thema auf diese Weise besprechen konnten und es nicht geglückt ist, wie es durch die Darstellung der Süddeutschen Zeitung versucht worden ist, den Stadtrat auseinanderzubringen und die Sache zu politisieren. Ich finde es schade. Die Attitüde der moralischen Überlegenheit und perfiden Auslegung von Nächstenliebe mag so zum Ausdruck gebracht worden sein. Es geht aber um ein wichtiges und emotionales Thema. Wenn man als Zeitung auch unterstützen will, dann muss man solche Dinge bestimmt nicht in einen Artikel schreiben. Herr Anlauf und Herr Effern, überlegen Sie vielleicht noch einmal, bevor Sie solch knackige Sachen schreiben. Hier brauchen wir nichts Knackiges, sondern etwas Empathisches.

Ich finde, unsere Diskussion ist für den Stadtrat eine gute Stunde, weil man sich letztlich nicht politisch auseinanderdividieren lässt; denn es ist kein politisches Thema, sondern es geht rein um Menschlichkeit und Empathie. Wir sollten auch nicht vergessen, wie schnell man auf der Straße landet. Das geht oft sehr schnell, gerade bei Männern. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz, bekommen keinen mehr, später verlieren sie ihre Frau, ihre Familie und schließlich ihre Wohnung. Ratzfatz sind sie auf der Straße.

Wir, die wir mehr oder minder gesettelt sitzen, sollten uns immer wieder vor Augen halten, wie schnell es geht, dass man auf der Straße landet. Wenn man sich mit Leuten unterhält, was viele getan haben, staunt man oft, welche Leute sich unter ihnen befinden. Es sind nicht irgendwelche Menschen, die nichts gelernt haben, oder die zu faul waren, im Leben zu arbeiten. Im Gegenteil, es sind häufig Leute, die von relativ weit oben nach ziemlich weit unten fallen. Das ist schon immer recht dramatisch.

Alle Kollegen, die vor mir gesprochen haben, haben auf ihre Weise recht. Wie sollen wir also vorgehen, um diesen Spagat zwischen Fürsorge und Freiheit hinzubekommen? Darum geht es letztendlich. Es passt nicht ganz dazu, aber mir fällt dazu das Thema Sterbehilfe ein. Ich denke, bei dem Thema geht es auch um einen Spagat zwischen Fürsorge und Freiheit. Aber das nur am Rande.

Vor diesem Hintergrund sehe ich den Antrag der Grünen kritisch. Liebe Grüne, ich habe ein Riesenproblem mit diesem Antrag. Ich verstehe, was Sie sagen wollen. Ich bin jemand, der sagt, im Zweifel für die Freiheit. Nichts anderes will der Antrag der Grünen irgendwie ausdrücken. Aber es stimmt auch, dass wir als Stadtrat nicht zuschauen können, wie Leute vor unseren Augen erfrieren. Das können wir nicht. Ich weiß zwar nicht, ob man tatsächlich mit dem Begriff „unterlassene Hilfeleistung“ argumentieren könnte. Ich denke, es ist eine juristische Sache und eher nicht so wichtig. Es geht um das Menschliche. Können wir menschlich dahinterstehen? Ich finde es sehr schwierig.

Ich hätte eine Frage an die Grünen, weil ich verstehe, was Sie möchten: Können Sie eventuell Ihren Antrag umformulieren, damit wir nicht Gefahr laufen, dass Leute vor unseren Augen erfrieren? Das Entscheidende ist, dass Sie möglicherweise nur zwei oder drei Sätze ändern müssten, damit wir alle guten Gewissens zustimmen können. Ich würde Ihrem Antrag wirklich gerne zustimmen, weil ich weiß, was Sie meinen. Aber wenn wir dann konstatieren müssten, es sind deswegen Leute erfroren und gestorben, wäre das auch nicht in Ihrem Sinne. Vielleicht überlegen Sie sich, die eine

oder andere Formulierung zu ändern, sodass der Stadtrat guten Gewissens zustimmen und den Spagat zwischen Fürsorge und Freiheit hinbekommt.

StR Krause:

Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Probleme, die der Kollege Müller geschildert hat, sehen wir durchaus auch. Es ist nicht so, dass wir blauäugig herangehen und sagen, es ist alles wunderbar, das könnte man doch einfach machen und dann passt es irgendwie. Viele Probleme sehen auch wir. Aber man muss anerkennen, dass es nicht grundsätzlich so ist. Gerade mit dem Zungenschlag, den es bei dem Kollegen von der CSU ein bisschen bekommen hat: Sie haben alle psychische Erkrankungen und stellen irgendwelche Forderungen auf. Vielleicht habe ich Sie missverstanden, dann tut mir das leid und ich entschuldige mich. Es wurde gesagt: Es sind irgendwelche abstrusen Forderungen, die hier aufgestellt werden. Ich muss noch einmal sagen, die hier aufgestellten Forderungen sind durchaus nachvollziehbar.

Uns geht es darum, dass bei uns ankommt, es passiert eine Räumung nach der anderen. Aber es wird nicht auf ihre Forderungen eingegangen. Man sollte darüber nachdenken, auch wenn der Antrag vermutlich heute abgelehnt wird, damit zumindest kleinere Schritte unternommen werden. Vielleicht hält man die Beratungsangebote tagsüber länger offen, wenn schon der Kälteschutz nicht den ganzen Tag geöffnet hat. Oder man öffnet die Räumlichkeiten des Kälteschutzes früher, damit die Leute zwischendurch nicht auf der Straße stehen. Auch über die kleineren Punkte, z. B. über Kochstellen, kann man nachdenken. Was den Leuten zynisch erscheint, sind diese Plakate, dass Campen verboten ist. Für Leute in ihren Umständen erscheint das befremdlich.

Abschließend möchte ich sagen, dass unser Antrag keine Unterstellung mangelnder Empathie beim Sozialreferat ist. Das tun wir beim besten Willen nicht. Wir schätzen die Arbeit des Sozialreferates sehr. Ich habe tiefsten Respekt vor allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialreferat, die sich damit auseinandersetzen und wirklich vielen Menschen helfen. Trotzdem sehen wir hier einen gewissen Punkt anders und haben ihn eingebracht. Ich hoffe, dass Sie es dementsprechend auffassen. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

StR Offman:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte etwas korrigieren, denn möglicherweise hat mich Herr Altmann missverstanden. Ich habe klar und deutlich gesagt: Wir haben

9 000 latent wohnungslose Menschen, die in Unterkünften sind, und 600 Menschen, die bedauerlicherweise nicht in Unterkünften sind, sondern im öffentlichen Raum nächtigen. Das war meine Aussage. Natürlich haben wir keine 9 000 Menschen, die auf der Straße nächtigen. In dem Fall hätten wir eine schlechte Sozialpolitik gemacht.

Interessant waren die Ausführungen des Kollegen Krause, da sie in meinen Augen relativierend waren im Hinblick auf seinen eigenen Antrag. Natürlich haben wir immer gesagt und werden wir immer sagen: Wir sind bereit und sehen, dass es nötig ist, hinsichtlich des Kälteschutzes mit den Betroffenen zu sprechen und, wenn möglich, nachzubessern. Das ist überhaupt keine Frage.

Wenn wir uns auf das Ergebnis der heutigen Diskussion einigen können, könntet Ihr Euren Antrag zurückziehen. Das wäre wirklich ein weiterer Schritt nach vorne, der Einigkeit im Stadtrat zeitigen würde. Wir können in Einzelfällen Verbesserungen erzielen. Übrigens, in der Kapuzinerstraße weiß das Sozialreferat, mindestens drei könnten das Angebot in das Sofortunterbringungssystem der Landeshauptstadt München beanspruchen und jederzeit in eine Pension oder irgendwo anders hingehen. Vielleicht kommen wir noch zusammen. - (Vereinzelt Beifall)

StR Krause:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Punkt, den der Kollege Offman angesprochen hat: Aus unserer Sicht ist mit dieser Räumung niemandem geholfen. Die Leute gehen woanders hin und schlafen wieder auf der Straße. Die Gefahr, die Sie vermeiden wollen, dass die Leute draußen nicht erfrieren, ist damit nicht gebannt, sondern verstärkt sich teilweise. Die Leute verlieren damit noch den minimalen Schutz, den sie in diesen Wohnstätten haben. Deswegen finden wir die Räumung nicht richtig. Wir können nachvollziehen, wenn Sie sagen, die Stadt muss es im Auge haben, wo sie es sieht. Aus unserer Sicht löst es das Problem nicht. Es passiert dann wo anders, wo es die Stadt nicht sieht. - (Beifall)

OB Reiter:

Wenn ich der Debatte so lausche, würde ich mir manchmal wünschen, die Koordinierung zwischen dem, was man sagt und dem, was man mit dem Finger schreibt, funktioniere besser.

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst zu Ihrem Thema Verfahren, Herr Krause: Die Geschichte bewegt sich im Bereich des Geschäftes der laufenden Verwaltung. Darauf ist die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Wildes Campieren“ in den

letzten Jahren gegründet. Motiviert durch die Anträge der SPD und der Grünen, werden wir dem Stadtrat dazu in Kürze eine Beschlussvorlage vorlegen. Das haben wir auch in unserer heutigen kurzfristigen Vorlage angekündigt.

Wenn ich mir heute die Schlagzeilen anschau, vor allem in der *tz* „*Die Stadt geht eiskalt gegen Obdachlose vor*“, empfinde ich das wirklich als erschütternd. Ich sage an dieser Stelle noch einmal ganz klar, es ist ganz im Gegenteil so. Wir bemühen uns, jedem Einzelnen in jeder Form humanitär zu helfen. Vor jeder Räumung führen wir vor Ort wochenlang Gespräche mit Streetworkern und Sozialarbeitern, um auf die Leute zuzugehen und in jedem Einzelfall Perspektiven zu eröffnen. Eine Räumung findet als allerletztes Mittel ausschließlich zum Schutz der Betroffenen nach wochen- bzw. monatelangem Bemühen statt. Es geht - es ist heute angesprochen worden - um den Schutz vor dem Erfrieren. Es geht auch um den Schutz vor dem Verbrennen und vor allem darum, den Betroffenen einen niederschweligen Kontakt zu den Sozialarbeitern im Kälteschutz und demnächst auch im Sommerschutz zu ermöglichen.

Die Situation ist hier mehrfach angesprochen worden, dennoch möchte ich diese noch einmal klar und deutlich machen: Ist Ihnen klar, wie erbärmlich die Situation zum Teil unter den Brücken und Unterführungen ist? Die Menschen hausen in ihren eigenen Fäkalien, werden von Ratten begleitet, leben in hundsmiserablen hygienischen Zuständen, sind zum Teil psychisch erkrankt und haben oft eine Alkoholsucht. Von einer freiwilligen Obdachlosigkeit zu sprechen, erscheint mir fast schon zynisch. - (Beifall der SPD und CSU)

Als Verwaltung der Landeshauptstadt München tun wir alles, um den Betroffenen individuell zu helfen und das Gespräch zu suchen. Herr Krause, es stimmt gerade nicht, wie Sie sagten, dass niemandem mit den Räumungen geholfen ist. Wir haben zum Beispiel im Fall der Reichenbachbrücke 14 Personen dauerhaft in eine Obdachloseneinrichtung unterbringen können. Das werte ich persönlich als Erfolg. - (Beifall der SPD und CSU)

Es ist richtig, die Debatte noch einmal im Rahmen unserer geplanten Beschlussfassung weiterzuführen. Ich hoffe, bis dahin vertieft sich das Verständnis, dass wir humanitär das Richtige machen, jedem Betroffenen helfen und nicht versuchen, die Leute kaltherzig von ihren Plätzen zu vertreiben. Vielen Dank! - (Beifall der SPD und CSU)

StRin Sabathil:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Schiwy! Ich widerspreche Ihnen wirklich ungern, weil ich Sie außerordentlich schätze in Ihrer Kompetenz und Menschlichkeit. Sie haben in allem recht, was Sie sagen und natürlich ist es furchtbar. Wenn Sie aber sagen, es gibt keine freiwillige Obdachlosigkeit, dann ist es nicht richtig.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 4878 von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen der Antragsteller, DIE LINKE. und StRin Sabathil **abgelehnt**.

Dem Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste und DIE LINKE. **zugestimmt**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Sabathil:

Durch meine Zustimmung zum Antrag von Die Grünen - rosa liste wollte ich zum Ausdruck bringen: Ich verstehe, was Sie meinen. Ich bin auch für den Antrag der Referentin. Durch meine Abstimmung versuche ich das auszutarieren.